

Personalmangel in der Pflege

EU unterstützt Integration von Fachkräften aus Drittstaaten

In deutschen Kliniken und Altenheimen fehlt es an Pflegenden – und das nicht erst seit Corona. Das EU-Projekt „Nur mit Euch“ soll nun dafür sorgen, dass nicht nur Fachkräfte in Drittstaaten rekrutiert, sondern auch nachhaltig integriert werden. Wie das geht, zeigt eine Agentur aus Gerlingen.

Von Petra Mostbacher-Dix

STUTTGART. „Personalmangel ist die größte Herausforderung für die Zukunft.“ Ein Satz, der auch beim Krankenhausgipfel in dieser Woche oft fiel. „Der Pflegenotstand ist real“, bestätigt Marc Nickel, Geschäftsführer der Rems-Murr-Kliniken Winnenden und Schorndorf. „Je nach Blickwinkel spricht die Bertelsmann Stiftung von circa 500 000 Pflegekräften, die bis 2030 fehlen.“ Der Konkurrenzkampf zwischen Kliniken und Pflegeheimen sei immens, im lokalen Arbeitsmarkt seien kaum Pflegekräfte zu finden.

Längst suchen Krankenhäuser und Pflegeheime Fachkräfte jenseits der EU – mit Agenturen. Die Becon aus Gerlingen (Landkreis Ludwigsburg) etwa ist spezialisiert auf die Vermittlung von medizinischem Personal, rekrutiert Pflegefachkräfte aus Drittstaaten, qualifiziert sie für den Einsatz in deutschen Einrichtungen.

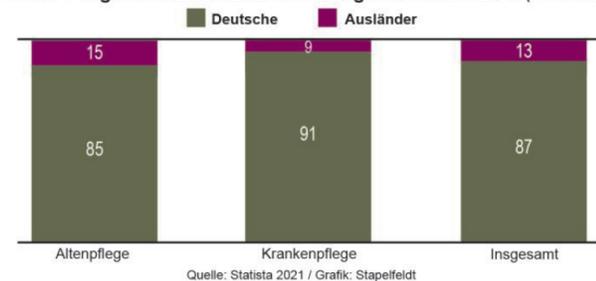
Europäische Union unterstützt Initiative „Nur mit euch“

Ihre Initiative „Nur mit Euch – Projekt zur nachhaltigen Integration von Pflegekräften in Deutschland“ wird vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union kofinanziert. „Die deutsche Aufnahmegesellschaft muss für die Situation von Pflegekräften sensibilisiert werden, die zum Arbeiten in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen kommen“, sagt Geschäftsführer Wolfgang Kreis. Die Agentur hat Schulen in verschiedenen Ländern, auf dem Balkan in Ser-



Pflegekräfte aus Drittstaaten rekrutieren und integrieren: Das ist das Ziel einer Initiative, die die EU unterstützt. FOTO: NUR MIT EUCH/ELLENTHIN

Ausländeranteil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Pflege in Deutschland nach Pflegeart im Jahr 2020 (in Prozent)



bien, Montenegro, Kosovo und Albanien, im Iran, in Mexiko und Kolumbien sind sie im Aufbau. „Wir bilden die Pflegekräfte in den Herkunftsländern in Deutsch aus, in Sprachschulen machen sie ein B2-Deutsch-Zertifikat.“

Die EU-Ausschreibung gewann Becon, weil es zusätzlich ein Integrationsprogramm auflegte. „Man darf Pflegekräfte nicht alleine las-

sen. Wir begleiten sie, haben in den Kliniken ein Büro mit Sprechstunden für ihre Nöte und Sorgen.“

Um wiederum die deutsche Gesellschaft vorzubereiten, gibt es Angehörigenabende und Vorträge in Altenpflegeheimen und Krankenhäuser, aber auch Netzwerkbildungen zwischen den Behörden. „Die neuen Gesetze, etwa das Fachkräfteteinwanderungsgesetz, ist in man-

cher Amtsstube noch nicht angekommen“, so Kreis.

Die Europäische Kommission startete im Juni Fachkräftepartnerschaften. Mit dieser „Schlüsselinitiative im neuen Migrations- und Asylpakets“ sollen Fachkräftemangel in der Europäischen Union abgebaut, Partnerschaften mit Drittstaaten für Migration gestärkt werden. „Unser strategisches Ziel sollte darin bestehen, die irreguläre Migration durch legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu ersetzen“, so EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. „Wir brauchen legale Migration, denn die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Europa nimmt ab, und viele wichtige Sektoren, wie das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft, sind von Fachkräftemangel betroffen.“

Fachkräftepartnerschaften würden dazu beitragen, die Fähigkeiten der Menschen, die für eine Arbeit in Europa in Betracht kommen, auf



den Bedarf des Arbeitsmarkts abzustimmen. So erhalte Europa ein hervorragendes, bisher fehlendes Instrument, um mit Partnerländern bei allen Aspekten der Migration zusammenzuarbeiten, heißt es vonseiten der EU.

Eine Fachkraft, die es schon geschafft hat, ist Quendrim Rrafshi. Am Rems-Murr-Klinikum ist er Intensivpfleger, lebt in einer Klinikwohnung. Schon als Kind habe er Menschen helfen wollen, sagt Rrafshi. Krankenpflege ist hoch angesehen im südlichen Balkan, auch weil viele Angehörige zu Hause pflegen. Die Grundausbildung läuft parallel mit den Medizinerinnen. Rrafshi absolvierte in Prizren erfolgreich die medizinische Hochschule, arbeitete als Rettungssanitäter und in der Notaufnahme.

„Die Formalitäten könnten schneller gehen“

„Ich bin glücklich in Deutschland!“ Ihn habe das moderne Gesundheitswesen gereizt – in seiner Heimat Kosovo gibt es wenige Kliniken und kaum Arbeit. Den Weg in die EU hätte er – trotz Fachkräfteeinwanderungsgesetz – nur schwer geschafft. Lange Schlangen vor der deutschen Botschaft, Jahre, bis das Visum kommt.

Dabei hilft ihm die Initiative „Nur mit Euch“. „Die Formalitäten könnten schneller gehen“, meint Kreis. Und wenn die jungen Menschen dann endlich höchst legal im Bus Richtung Deutschland säßen, könne es sein, dass beim EU-Eintritt Zöllner Scheine im Pass erwarteten. „Ich habe das erlebt, bin eingeschritten“, so Kreis. „Wir müssen gegen Bürokratie und Korruption vorgehen.“

Kurz notiert

86 Millionen Euro zusätzlich von der EU

STUTTGART. Um die Folgen der Pandemie bewältigen zu können, bekommt das Land 86 Millionen Euro von der EU. Das Geld werde in strategisch wichtigen Bereichen eingesetzt, um Impulse für Nachhaltigkeit zu setzen, die Digitalisierung voranzubringen und Investitionen in der Wirtschaft zu ermöglichen, teilte das Ministerium für Ernährung, ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit. (sta)

Steigen die Inzidenzen, gilt an Schulen Maskenpflicht

STUTTGART. Die Sieben-Tage-Inzidenzen im Land sinken. Sollten die Infektionszahlen aber wieder steigen, will die Landesregierung die Maskenpflicht an Schulen erneut einführen. Das kündigte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) an. Die Delta-Variante des Coronavirus müsse man beobachten. (sta)

Land unterstützt Unikliniken mit 100 Millionen Euro

STUTTGART. Das Land unterstützt die Universitätskliniken in Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm wegen der Corona-Krise mit weiteren Finanzmitteln. Für 2020 werde ein Zuschuss in Höhe von rund 100 Millionen Euro gewährt, wie das Wissenschaftsministerium diese Woche mitteilte. Damit sollen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gemindert sowie der Betrieb der Kliniken sichergestellt werden. (sta)



Das Land kündigt weitere Hilfen für die Unikliniken an. FOTO: DRPA/PHILIPP VON DITFURTH

Pro Jahr werden in Baden-Württemberg fast 3000 Fußballfelder an Fläche verbraucht

Grün-Schwarz hält an Nettonull bei Flächenverbrauch fest und will nicht benötigte Infrastruktur zurückbauen

STUTTGART. Das Ziel ist wieder einmal hochgesteckt: In ihrem Koalitionsvertrag versprechen Grüne und CDU an der „Netto-Null beim Flächenverbrauch festzuhalten“. Unter anderem soll bestehende, nicht mehr benötigte Infrastruktur zurückgebaut werden.

Die Netto-Null ist nach den Zahlen aus dem Statistischen Landesamt gegenwärtig unerreicht. Täglich werden durchschnittlich 4,8 Hektar für neue Wohngebäude, Industrie- und Gewerbeflächen sowie für den Verkehr benötigt. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 5,2 Hektar. In absoluten Zahlen sind 523 697 Hektar oder 14,6 Prozent in Baden-Württemberg von Siedlungs- und Verkehrsflächen bedeckt, umgerechnet fast 3000 Fußballfelder mehr als im Jahr davor.

Logistikkonzept für Handwerk- und Einzelhandel geplant

Seit Langem wird über die Versiegelung des Landes diskutiert und darüber, wie die Netto-Null im Flächenverbrauch erreicht werden kann. Schon vor 15 Jahren hatte sich Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) dieser Vorgabe verschrieben. Tatsächlich konnte Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) 2010 zumindest ein damaliges „Re-



Täglich werden im Südwesten durchschnittlich 4,8 Hektar für neue Wohngebäude, Industrie- und Gewerbeflächen sowie für den Verkehr benötigt. FOTO: STAPELFELDT

kordtief“ vermelden, als die Zahl Finanzkrisen-bedingt auf rund sieben Hektar pro Tag zurückging. „Am Ende beeinträchtigt eine Zersiedelung von Kultur- und Naturlandschaften die Lebensqualität der Menschen und wirkt sich negativ auf die Attraktivität der Regionen aus“, sagte Gönner damals.

Inzwischen wird das Thema verstärkt im Zusammenhang mit den heißer werdenden Sommern und sich aufheizenden Flächen diskutiert. Die neue Landesregierung will auch dank Digitalisierung und neu-

em Logistikkonzept für Handwerk und Einzelhandel der Netto-Null abermals näher kommen. In Modellregionen soll gezeigt werden, wie zum Beispiel mit Online-Marktplätzen der Flächenverbrauch reduziert werden kann.

Ein anderes zentrales Anliegen des Koalitionsvertrags verlangt, alle Bemühungen zusätzlich zu verstärken. Für die Energiewende, vor allem für Windkraft- und Photovoltaikanlagen, sollen neue Flächen zur Verfügung gestellt werden, etwa im Staatswald und ent-

lang von Autobahnen. „Wir befürworten“, heißt es im Vertrag, „dass Ausgleichsmaßnahmen für Freiflächen-PV-Anlagen innerhalb des Areals oder zumindest ohne zusätzlichen Flächenverbrauch realisiert werden können.“ Auf harte Vorgaben wurde bisher jedoch verzichtet.

Bauernpräsident beklagt Druck auf landwirtschaftliche Flächen

Landesbauernpräsident Joachim Rukwied argumentiert zudem von einer anderen Seite aus, denn er sieht durch die Natur- und Umweltpolitik der grün-schwarzen Landesregierung zu viel Druck auf bäuerliche Flächen. Deshalb gebe es Punkte im Vertrag, „die Nachbesserungsbedarf, die Erweiterungsbedarf haben“, sagt Rukwied. Der Flächen-Druck nehme nicht nur durch den Ausbau von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu, sondern auch durch Ausgleichsmaßnahmen für den Naturschutz oder die Ausweisung neuer Schutzgebiete.

Und gerade die vom Land stark geförderte Photovoltaik und Windenergie „bedürfen am Ende landwirtschaftlicher Fläche“. Das beeinträchtigt vor allem die kleinstrukturierte Landwirtschaft und schränke die Produktion von regionalen Lebensmitteln ein. (bjhw)

EU hat sich bei E-Autos laut Forschern verrechnet

Wissenschaftler schreiben Brief an EU-Kommission

STUTTGART. Die Politik hat sich aus Sicht von 170 internationalen Forschern mit Blick auf Elektroautos verrechnet. „Die Zahlen suggerieren ein Einsparpotenzial, das wir nicht haben“, sagte Thomas Koch, Professor am Karlsruher Institut für Technologie, der Deutschen Presse-Agentur. Der Strommix sei falsch berechnet worden. In einem offenen Brief an die EU-Kommission teilten die Forscher ihre Bedenken mit. Die EU arbeitet derzeit an strengeren CO₂-Vorgaben für neu zugelassenen Autos.

Nach Ländern ist Deutschland mit 250 000 zugelassenen E-Autos bis Ende Mai zweitgrößter Markt der Welt. Einen verbindlichen Termin für das Ende des Verbrenners wollen die Autobauer aber nicht festlegen. Zu unterschiedlich sind ihnen die Märkte und die Wünsche der Kunden, aber auch politische Vorgaben. Dazu kommt die Ladeinfrastruktur, die in vielen Ländern, auch in Europa, fehlt.

Mit Strom aus Kohle oder Öl sehe er keinen großen Sinn in der Umstellung auf E-Antriebe, sagte VW-Chef Herbert Diess kürzlich. „Ein moderner Diesel ist klimafreundlicher als ein Elektrofahrzeug, das mit Kohlestrom geladen wird“, sagte BMW-Chef Oliver Zipse einem Medienbericht zufolge. Er habe

„große Sorge“, ob es genug Ökostrom geben werde.

Die EU-Kommission geht bei ihren Vorgaben davon aus, dass der Strom mit dem Ausbau von Wind- und Solaranlagen sauberer werden wird. Nein, sagen die Forscher. Denn der Strombedarf werde steigen und dann stimme die gesamte Rechnung nicht mehr.

„Die AfD sagt schon seit Langem, dass die EU mit falschen Werten rechnet und dass moderne Verbrennermotoren, insbesondere wenn sie mit Öko-Treibstoffen betrieben werden, in der Gesamtbetrachtung umweltfreundlicher sind als E-Autos“, teilte der Abgeordnete Emil Sänze dazu mit.

Bedenken gibt es auch mit Blick auf die Brandgefahr: Diese Woche sind zwei E-Fahrzeuge der Post im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald zerstört worden. Die Löscharbeiten gestalteten sich schwierig: Nach dem ersten Ablöschen wurden sie mit einem Kran in einen Container geladen, der mit Wasser geflutet wurde. Darin mussten die Fahrzeuge bleiben, um eine erneute Entzündung zu vermeiden. (sta/lsw)

MEHR ZUM THEMA
Den offenen Brief finden Sie unter:
<https://iastec.org/open-letter-2>